

# Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Ullrich, Dresden  
und Sächsische Staatsdruckerei

Verlag: Dresden  
Sachsen & Comp., Nr. 1208

Verleger: Gebr. Ullrich, Dresden  
und Sächsische Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde von wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 88

Dresden, Freitag den 16. April 1926

37. Jahrg.

## Abspaltung der Halbgötter

Soweit ist es nun. Wenn auch schon früher im Land-  
tage die Gegensätze innerhalb der sozialdemokratischen Frak-  
tion stark hervortraten, jetzt ist die ehemalige sozialdemokra-  
tische Fraktion in zwei Teile auseinandergefallen. Die eine  
Fraktion steht auf dem Boden der Beschlüsse der Organisation  
und ist damit die Vertreterin der Sozialdemo-  
kratischen Partei, die andre Fraktion besteht aus  
den Ausgeschlossenen. Von einer Parteispaltung  
darf man dabei nicht reden. Die 23 Abgeordneten von der  
Mehrheit sind keine Partei und haben auch im  
Landes keine Partei hinter sich. Es ist nur eine  
Abspaltung eines kleinen Häufchens von der großen Sozial-  
demokratischen Partei. Und doch muß es jeden Sozialdemo-  
kraten mit Schmerz erfüllen, daß hier in dem roten Sachsen,  
wo die Sozialdemokratie stärker sein könnte als in jedem  
andern Lande, die Kraft der Partei durch eine derartige Zer-  
spaltung geschwächt wird. Wären tiefgehende  
innere Gegensätze vorhanden, so wäre der Bruch un-  
vermeidlich. Aber davon kann keine Rede sein. Es geht nicht  
einstimmig um die grundsätzliche Stellung der Partei zur Koali-  
tionsfrage. In der Erklärung, die die 23 Ausgeschlossenen  
gestern im Landtag durch Wirth abgeben ließen, suchen sie es  
so darzustellen, als wenn sie allein die Träger einer  
besonderen Richtung in der Partei wären, die sie  
als staatspolitisch bezeichnen. Aber die sächsischen  
Parteiorganisationen haben sich nirgends darauf  
festgelegt, daß sie eine Koalition mit den bürgerlichen  
Parteien unter allen Umständen bevorzugen, und schließlich  
werden die Dreiundzwanzig auch nicht behaupten wollen,  
daß man unter allen Umständen dabei sein muß, und  
angeben, daß die Koalitionsfrage im einzelnen Falle zu  
prüfen ist.

Es geht bei dem Streit nur darum, ob eine Anzahl  
Leute, die von ihrer Partei an einen hervorragenden Posten  
gestellt sind, die Beschlüsse ihrer eigenen Organisation jahre-  
lang mißachten dürfen, ob dieser Landtag ein paar Mo-  
nate länger am Leben bleibt oder nicht, ob eine Anzahl  
Führer, die das Vertrauen ihrer Organisation verloren  
haben, noch ein paar Monate länger Landtagsabgeordnete  
und Minister bleiben sollen. Und darum diese Zerpfütte-  
rung. Es fällt uns schwer, zu begreifen, wie die Dreiund-  
zwanzig, die in ihrer Erklärung so tun, als ob sie das Parteige-  
weissen gepachtet hätten, ihre Handlungsweise vor sich ver-  
antworten können.

In ihrer noch Ton und Inhalt so hochfahrenden Er-  
klärung suchen die Dreiundzwanzig, die von ihrer eigenen  
Persönlichkeit eine unbeschränkte Hochachtung  
haben, der Welt klarzumachen, daß sie die „erprobten  
und erfahrenen Charaktere“ seien, während sie ihre Gegner  
als unreife Surfen hinstellen, obgleich es sich dabei  
zum großen Teil um Genossen handelt, die auch schon jahre-  
lang in der Partei tätig waren. Und wenn dem nicht  
so wäre, wäre das wirklich ein so fürchterliches Unglück?  
Soll es denn im politischen Leben nach dem Dienstalter gehen  
wie bei der Bureaucratie? In einer Zeit, in der alles in  
so schnellem Fluß ist wie in der Gegenwart, müßte es  
nicht eine vortwärtsstrebende Partei wie die  
Sozialdemokratie begrüßen, wenn neue, frische Kräfte in ihre  
vorderen Reihen treten? Die „erprobten und er-  
fahrenen Charaktere“ haben in ihrer jahrzehntelangen Partei-  
arbeit, auf die sie mit so viel Stolz hinweisen, nicht gelernt,  
daß man auch einmal ein Opfer der Ueberzeugung bringen  
muß, wenn man die Mehrheit seiner Parteigenossen nicht  
hinter sich hat.

Aus der Erklärung der Dreiundzwanzig spricht, um  
keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ein erschreckender  
Hochmut. Die Dreiundzwanzig haben nicht nur die poli-  
tische Wahrheit in der Tasche, sie allein haben die echte  
und rechte Parteimoral, ihre Gegner in der Partei  
sind dumme und gemeine. Dabei sieht es die Wirth und  
Genossen nicht an, daß sich jetzt die sächsischen Partei-  
organisationen in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand  
und damit mit der Gesamtpartei befinden. Die Dreiund-  
zwanzig müssen bergehen haben, daß sie auch nur Menschen  
sind, die schließlich ebenso wie andre gewöhnliche Sterbliche  
auf den Pfad des Irrtums geraten können. Sie müssen sich  
mindestens für Halbgötter halten.

Die Dreiundzwanzig haben sich mit ihrer Erklärung  
keinen Dienst erwiesen. Die breite Masse der sozialdemokra-  
tischen Arbeiterklasse, die angeblich den Schritt der Wirth und  
Genossen billigt, bezieht nur in der Einbildung der  
Dreiundzwanzig. Auch die Parteigenossen im Lande,  
die in manchen sozialen Fragen mit der Mehrheit der  
Landtagsfraktion übereinstimmen, werden es nicht ver-  
stehen, wie es eine Anzahl Abgeordnete fertigbringen können,  
sich mit derartigen Hartnäckigkeit den Beschlüssen der Partei-  
organisationen zu widersetzen, wie sie es dahin kommen lassen

können, daß zur Freude der Gegner die sozial-  
demokratische Fraktion im Sächsischen Landtag  
auseinanderbricht.

### Der Abgang der Ausgeschlossenen

Die Sächsische Republikanische Korrespon-  
denz übermittelt uns folgenden Artikel:

Nachdem die dreiundzwanzig Disziplinbrecher von ihren au-  
ständigen Parteiorganisationen aus der Sozialdemokratischen Partei  
ausgeschlossen worden sind, mußten sich auch die organisatorischen  
Neuzugänge für die Vertretung der Sozialdemokratie im Land-  
tage erheben. Die Bezirksvorstände Sächsens hatten am 31. März  
als Antwort auf die Disziplinbrecher der Dreiundzwanzig be-  
schlossen, daß die Vertretung der Sozialdemokratie Sächsens im Landtag  
durch die Abgeordneten erfolgt, die sich auf dem Boden der Beschlüsse  
der Landesorganisation und des Reichstagsparteitages stellen. Da in-  
zwischen die Ausschüsse vollzogen sind, hatte der Landesarbeitsaus-  
schuß durch den Genossen Wirth dem Landtagspräsidium die Namen  
der 18 Abgeordneten mitgeteilt, die von jetzt an die Sozialdemokratie  
im Landtage vertreten.

Der Brief des Landesarbeitsauschusses war vom Präsidium  
den Dreiundzwanzig zugänglich gemacht worden, so daß sie die  
Möglichkeit hatten, eine lange Erklärung zu formulieren, die sie  
„im Namen der alten Sozialdemokratischen Partei“ durch den Ab-  
geordneten Wirth vor Eintritt in die Tagesordnung im Landtag  
abgeben ließen. Da noch der Geschäftsordnung des Landtags solche  
Erklärungen nur nach ausdrücklichem Beschluß des Landtags be-  
sprochen werden können, erklärte Genosse Liebmann im Auf-  
trage der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, er und seine  
Freunde behalten sich vor, auf die soeben abgegebene Erklärung  
der Dreiundzwanzig in der nächsten Landtagsitzung eine Gegen-  
erklärung abzugeben. Im Namen der Geschäftsordnung erklärte  
Genosse Liebmann weiter, die Dreiundzwanzig haben nicht das  
Recht, im Namen der Sozialdemokratie zu reden. Für die Sozial-  
demokratie können nur Mitglieder der Partei reden. Die Dreiund-  
zwanzig sind aus der Partei ausgeschlossen, nach dem Parteistatut  
haben sie keine Rechte und Pflichten bis zur Behebung des Verfahrens,  
sie können also nur als

#### Fraktion der Ausgeschlossenen

aufzutreten. Die Erklärung war in ihrem Inhalt nichts anderes als  
die Rechtfertigung der Politik, die bei der Dreiundzwanzig als  
Selbsthelfer der Reaktion seitlang besteht. Für diese  
Politik lehnt die Sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ab.

Die Erklärung der Ausgeschlossenen ist wieder einmal ein  
Musterbeispiel demagogischer Verdrängung. Das kommt schon im  
ersten Satz der Erklärung deutlich zum Ausdruck. Die Erklärung  
spricht von den Sozialdemokraten, die in der Partei „eines anderen  
als eine Befriedigung persönlicher egoistischer Be-  
strebungen“ erlitten. Das unterzeichnen dieselben Leute,  
denen der Parteitag in Heidelberg sagte, wenn sie die Politik der  
Partei nicht durchführen können, müssen sie ihre Mandate  
niederlegen. Nachdem die sächsische Parteigenossenschaft als

## Die Rebellion im Zentrum

D. Köln, 14. April. (Eig. Draht.) In der am Dienst-  
tag abgehaltenen Provinzialausdehnung der rheinischen  
Zentrumsparlei, in der u. a. die bereits mitgeteilte Ent-  
scheidung zur Fürtrennabstimmung angenommen wurde,  
ging es verhältnismäßig friedlich her. Die Gegenrichtung gegen  
den Vorschlag des Parteivorstandes war recht stark. Trotzdem  
der Provinzialausdehnung der Zentrumspartei sich aus vorläufig  
ausgesetzten Parteifunktionären zusammensetzt, die im allge-  
meinen leicht geneigt sind, den Parolen der Parteileitung zu  
folgen, kamen in den Aussprachen eine Reihe Anhänger der  
entscheidungslosigen Entseignung der Fürtrennabstimmung  
zum Vorschein, die von der Zentrumspartei verlangten, daß sie bei dem kommenden  
Vollständigen Parteitag gegen die Ansprüche der Fürtrenn-  
abstimmung vorgehen sollte. Wenn auch diese Auffassung im Provinzial-  
ausdehnung keine Mehrheit fand, so zeigt doch die Tatsache, daß  
überhaupt ein derartig vorsichtig zusammengesetztes Gremium  
zu solchen Forderungen Stellung nimmt, treffend, wie stark  
die Parole auf entscheidungslosige Fürtrennabstimmung bis weit  
in die Funktionärkreise der Zentrumspartei eingedrungen ist.  
Die Geister plätschen in der Versammlung ein zweites Mal  
stark aufeinander, als im Anschluß an ein Referat des Reichs-  
rats Dr. Kammerer, Köln, es zu einer Aussprache über die  
Vaterländischen Verbände kam. Auch hier schieden sich deutlich  
die Meinungen.

### Besprechungen mit Genossen Boncour

D. Berlin, 16. April. (Eig. Funkspruch.) Der Vertreter  
Frankreichs im Völkerbund, Genosse Paul Boncour, hat sich  
auf seiner Rückfahrt von seiner politischen Studienreise nach Paris  
einen Tag lang in Berlin aufhalten und die Gelegenheit  
wahrgenommen, mit einigen führenden Genossen der  
Sozialdemokratischen Partei zusammenzukommen. Der  
Sozialdemokratischen Partei zusammenzukommen. Der  
Sozialdemokratischen Partei zusammenzukommen. Der  
Sozialdemokratischen Partei zusammenzukommen. Der

Zugleich wurde festgestellt, daß die Meinungen über Bon-  
cour's Haltung in Paris fast über vergerzt sind. Er hat aller-  
dings in Paris sein eine - tem persönlichen - Ueberzeugung  
ausdrücken lassen, daß die Ausweisung eines Mitglieds an Posten  
unzulässig sei. Er hat diese Auffassung aber nicht mit der  
Notwendigkeit verbunden, ein Gegenstück gegen den deutschen  
Einkauf zu schaffen, sondern hervorgehoben, daß ein Zusammen-  
arbeiten mit dem Reich sowohl Deutschland wie Polen zum Vorteil  
bereichen und die Möglichkeit einer Bereinigung der zwischen den  
beiden Staaten schwebenden Streitfragen verbessern werde. Bon-

Auftraggeber der Landtagsabgeordneten immer wieder ihren Willen  
zur Landtagsauflösung zum Ausdruck gebracht, nachdem diese Ab-  
geordneten zur Niederlegung ihrer Mandate aufgefordert worden  
sind, nachdem der Heidelberger Parteitag, nachdem der Parteivor-  
stand vor und nach Heidelberg die Landtagsauflösung gefordert haben,  
ohne daß diese Leute dem Willen ihrer Auftraggeber entsprechen  
sollten, wagen sie es noch, von der Befriedigung persönlicher Be-  
strebungen zu reden, obwohl sie wissen müssen, daß die erdrückende  
Mehrheit der Partei und darüber hinaus die gesamte politische  
Öffentlichkeit in ihrem Verhalten vorwiegend die Befriedigung  
egoistischer Bestrebungen“ erlitten.

Was es mit der Wahrnehmung der Interessen jener Schichten  
der sächsischen Bevölkerung auf sich hat, die von der Sozialdemo-  
kratie vertreten werden, das haben diese Schichten durch die Politik  
der Dreiundzwanzig in den letzten Jahren am eigenen Leibe erfahren  
müssen. Diese Politik war in den letzten Jahren und ist bis auf  
den heutigen Tag

#### eine schwere Schädigung der proletarischen Interessen.

Eine die Dreiundzwanzig hätte das sächsische Bürgertum nicht die  
reaktionäre Politik treiben können, die von der Koalitionsregierung  
seit 1924 in Sachsen getrieben worden ist. Damit sind auch alle  
die Staatspolitik und die Interventionen an der Staatsgewalt ge-  
genzeichnet, von der die Ausgeschlossenen in ihrer Erklärung so wich-  
tigwerlich reden.

Selbst eine bürgerliche Regierung hätte in Sachsen nicht so  
schamlos mit den Interessen der armen Bevölkerung umspringen  
können, wie es die Koalitionsregierung getan hat.

Die Erklärung der Ausgeschlossenen spricht von den „spezifisch  
in jahrgelänger Parteiarbeit erprobten Charakteren“, womit sich  
die Ausgeschlossenen selbst meinen. Es genügt demgegenüber hoch  
folgende Selbststellung über die Parteimitgliedschaft der sozialdemo-  
kratischen Landtagsfraktion, die auf dem Boden der Parteibeschlüsse  
stehen:

Von diesen 18 Abgeordneten gehören der Partei an: einer  
37 Jahre, einer 36, zwei 33, einer 30, einer 29, zwei 28, einer  
24, fünf 23, einer 18, einer 17, zwei 8 Jahre.

Ein besonderes Kapitel ist der Charakter und die  
Parteimoral, auf die sich die Ausgeschlossenen berufen. Welch  
ein edler Charakter aus den Reihen der Ausgeschlossenen, der im  
Ton der Worte in unsäglichster Weise von der Tribüne des Land-  
tags einem Abgeordneten ein so gemaines Schimpf-  
wort zurief, wie man es noch in keinem Parlament  
gehört hat. Welch edle Charaktere die Männer, die dem  
Parteivorstand ehrenwürdige Versprechungen  
abgaben und diese nachher brachen! Welch hohe Parteimoral,  
die feierlich gegebene Versprechungen verweigerte, die der bürger-  
lichen Presse den Schriftwechsel über Parteinterne zur Ver-  
fügung stellte! Welch hohe Parteimoral, die es fertig bringt, daß  
einer der Ausgeschlossenen seinen Parteigenossen verbricht, für die  
Landtagsauflösung zu stimmen, daraufhin zum Stadtrat ge-  
wählt wurde und nachher gegen die Auflösung stimmte, was einer  
Ergrüsterung einer Lebensstellung gleichkommt! Welche Höhe der  
Parteimoral, wenn der Ministerpräsident in der Präsidien-  
sitzung freiwillig im Namen seiner Ministerkollegen erklärt: Wir  
werden für die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion eintreten  
und stimmen — und nachher dagegen stimmt! Welch hohe Partei-  
moral, wenn Abgeordnete Anträge der sozialdemokratischen Prot-

our hat also in Wahrheit nicht anders gesprochen als in Genf.  
Es mag Leute geben, die diese Auffassung nicht teilen, aber es ist  
schwerlich zu behaupten, daß ihre Verkündigung ein Beweis deut-  
schlandischer Bestimmung sei, oder daß sie sich nicht mit sozialistischer  
Einstellung vertrüge.

Weiter sind Paul Boncour gewisse Ausführungen über die  
polnische Armee berichtet worden. Er soll die polnische Armee als  
Verteidiger der westlichen Zivilisation gepriesen haben, und man  
wollte dann auch in diesem Lob eine antideutsche Spitze entdecken.  
Tatsächlich hat er unterschieden zwischen dem durch den Völkerbund  
und den Locarno-Verträgen für den Frieden organisierten Westen  
und dem russischen Staatswesen, das den Eintritt in das System  
dieser Abmachungen brutal ablehnt. Als Westen galt ihm dabei  
das gesamte außer-russische Europa, und die polnische Armee, die an  
der Grenze der Sowjetstaaten steht, betrachtet er als eine Art von  
europäischem Vorposten, der nicht zum Angriff, sondern zur Ver-  
teidigung aufgestellt ist.

## Sachistenüberfall auf Banderbelde

F. Brüssel, 15. April. (Eig. Draht.) Im Anschluß an  
eine Sachistenversammlung, in der wahllose Ver-  
wehungen gegen die Minister und die Sozialistenführer gehalten  
wurden, begegnete die Anhänger Mussolini zufällig dem ein-  
sam einhergehenden Außenminister Genossen Bander-  
belde, den sie sofort umringelten, beschimpften und sogar tät-  
lich angriffen. Banderbelde wurde von hinten der Hut  
abgerissen; außerdem erhielt er mehrere Schläge gegen die  
Beine. Die Gewalttätigkeiten wurden immer wilder, bis die  
Lust der Sachisten Kohlinge mit seinem Spazierstock so  
lange vom Leibe zu halten, bis die Polizei eingriff. Die  
Staatsanwaltschaft hat sofort über den Vorfall eine Unter-  
suchung eingeleitet. Die Arbeiterschaft hat bereits Ab-  
wehrmaßnahmen getroffen.

Der internationale Faschismus offenbart in jedem Lande  
seinen Charakter: Gewalt, Terror, Blutsvergießen!

## Deutsch-Italienische sozialistische Verhandlungen

Wien, 15. April. Wie die Volkszeitung für die Österr.  
Arbeiterschaft, werden am 6. Juni in Dresden Vertreter der Deutschen  
Sozialdemokratischen Partei und der Italo-Sowjetischen mit Vertretern  
der italienischen Sozialistenpartei zu einer Sitzung zusammenzutreten,  
in der über die dort schwebenden nationalen Streitfragen  
eine Einigung erzielt werden soll. Die Sitzung findet unter der  
Leitung der sogenannten Minoritätenkommission der Sozialistischen  
Arbeiter-Internationale statt.